

## DIE DEUTSCHE UND DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE WIRTSCHAFT IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Vom 11. bis zum 13. April 1997 fand in Prag eine internationale Tagung zum Thema „Die deutsche und tschechoslowakische Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit“ statt, die unter der Schirmherrschaft der gemeinsamen deutsch-tschechisch-slowakischen Historikerkommission von Boris Barth (DAAD-Dozent, Karls-Universität, Prag) und Eduard Kubů (Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Prag) unter der Mitwirkung der Akademie der Wissenschaften (Prag) in der Villa Lanna in Prag veranstaltet wurde. Finanziell wurde die Tagung durch die Thyssen-Stiftung, durch das tschechische Außenministerium und den DAAD sowie durch ein Forschungsprojekt zur deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsgeschichte gefördert, das derzeit am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Prag beheimatet ist.

Der Konferenz lag die Beobachtung zugrunde, daß in der bisherigen historischen Forschung die Zeit der nationalsozialistischen Besetzung der Tschechoslowakei und die Vertreibung der Sudetendeutschen eindeutig im Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses stand, während die ökonomische Normalität der Zwischenkriegszeit vordergründig wenig Aufmerksamkeit erregte. Dennoch wurde seit Jahren sowohl in Deutschland als auch in der Tschechischen Republik und in der Slowakei intensiv zu diesem Themenkomplex geforscht, ohne daß die Ergebnisse wechselseitig wirklich zur Kenntnis genommen wurden. Gleichzeitig ließ auch der wissenschaftliche Austausch im personellen und institutionellen Bereich ebenso zu wünschen übrig, wie die wechselseitige Information über laufende Forschungsprojekte, so daß gleich mehrere institutionelle Defizite zu konstatieren waren. Die Tagung war dahingehend konzipiert, daß erstens das Bewußtsein für die wechselseitigen historischen Probleme geschärft, zweitens umfassende inhaltliche und methodische Bilanzen gezogen, drittens ein internationaler Diskussionsprozeß in Gang gesetzt und viertens gleichzeitig neue Forschungsbereiche ausgelotet werden sollten. Es versteht sich von selbst, daß in zahlreichen Detailfragen die Sichtweisen auf ähnliche Probleme auch nach der Tagung – häufig vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Forschungstraditionen – noch erheblich differieren, doch ist dies keineswegs als negativ einzuschätzen: Entscheidend ist, daß der wissenschaftliche Austausch zu diesem Thema einen erheblichen Schritt nach vorne gekommen sein dürfte.

Aus den Beiträgen von Vlastislav Lacina (Prag), der sich mit der Nostrifizierung beschäftigte, von Ivan Jakubec (Prag), der sich die äußerst komplexen Verkehrsfragen und die schwierigen bilateralen Verhandlungen zu den Frachttarifen zum Thema stellte, von Horst Wessel (Düsseldorf), der eine Fallstudie zur Firma Mannesmann und zum Werk in Komotau bearbeitete, und von Jaroslav Pátek (Prag), der die Kartelle in der chemischen Industrie untersuchte, ging hervor, daß das Verhältnis der beiden Staaten im ökonomischen Bereich weit unkomplizierter war, als im Vergleich zu anderen europäischen Staaten. Die Privatwirtschaft ließ sich nicht in das Korsett politischer Vorgaben zwingen, sondern orientierte sich im wesentlichen an betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analysen, die ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis nahelegten, wobei offen blieb, ob und inwieweit eventuell doch politische Erwägungen Einfluß auf singuläre Entscheidungen hatten. In Europa kam es nur in Portugal

und in der Tschechoslowakei nicht zur Enteignung reichsdeutschen Eigentums, obwohl die Pariser Vorortverträge den Zugriff darauf ermöglicht hätten. Die Nostrifizierung, die im wesentlichen durch fiskalische Erwägungen bestimmt wurde und für die kein adäquater deutscher Terminus existiert, wurde gegenüber den reichsdeutschen Gesellschaften in der Regel nicht durchgeführt, wozu auch – etwa bei der Firma Mannesmann – eine geschickte Unternehmenspolitik beitrug. Der kaufmännische Aspekt, der sich allein mit nationalen und staatlichen Kategorien ohnehin nicht fassen läßt, wurde auch mehrfach von Christoph Boyer (Dresden) unterstrichen, der das Verhältnis zwischen den in der Tschechoslowakei lebenden deutschsprachigen Staatsbürgern und den Tschechen in den Interessenverbänden untersuchte. Eine Polarisierung entlang der parteipolitischen und sprachlichen Konfliktlinien in der Tschechoslowakei fand während der zwanziger Jahre zu keinem Zeitpunkt statt. Konsens bestand bei allen Tagungsteilnehmern darin, daß die ökonomischen bilateralen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, sofern es überhaupt möglich ist, diesen Terminus zu verwenden, mit nationalen Kategorien überhaupt nicht erfaßt werden können. Allerdings wurde auch deutlich, daß die reichsdeutsche Privatindustrie seit der Mitte der dreißiger Jahre ihr Verhalten zu ändern begann und im Vergleich zur Weimarer Zeit aggressivere Methoden der Interessenwahrnehmung entwickelte, wobei die Ursachen hierfür unterschiedlich bewertet wurden.

Josef Faltus (Bratislava) analysierte die Stellung der slowakischen Wirtschaft für die Volkswirtschaft der Tschechoslowakei im Blick auf die Verflechtungen mit dem Deutschen Reich und kam zu dem Fazit, daß diese quantitativ kaum Bedeutung gewinnen konnte, sieht man vom Agrarsektor (Holz) ab. In seinem von L'ubomir Lipták (Bratislava) verlesenen Referat, verglich L'udovit Hallon (Bratislava) die deutschen Konzepte einer systematischen Elektrifizierung des Landes mit den tschechoslowakischen und kam zu dem Ergebnis, daß es viele Gemeinsamkeiten gab, wobei sich die tschechoslowakische Politik zwar nach dem deutschen Beispiel ausrichtete, jedoch eine Vereinnahmung durch das deutsche Kapital zu vermeiden suchte.

Kontrovers wurde die Frage behandelt, ob und inwieweit die private Industrie „Mitteleuropa-Konzepte“ entwickelte. Boris Barth (Düsseldorf/Prag) verneinte dies generell und gestand ökonomische Mitteleuropa-Pläne nur in extremen Situationen – wie am Ende des Ersten Weltkrieges und auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise – zu, weil die deutsche Wirtschaft prinzipiell am Weltmarkt orientiert blieb. Demgegenüber vertrat Drahomír Jančík (Prag), am Beispiel der Wirtschaftskonkurrenz in Jugoslawien und Rumänien während der dreißiger Jahre, die These, daß die Außenwirtschaftspolitik beider Staaten unter dem Primat der Außenpolitik stand, wodurch die Marktbeziehungen in Südosteuropa letztlich zugunsten des Deutschen Reiches deformiert wurden. In diesem Bereich besteht trotz der dichten Literaturlage sicherlich weiterer Forschungsbedarf.

Dietmar Petzina (Bochum) beschäftigte sich mit den unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Strategien, die in den beiden Ländern während der Weltwirtschaftskrise verfolgt wurden. Vor dem Hintergrund der Borchard-Kontroverse legte er in einer kontrafaktischen Argumentation dar, daß Brünnings harte Deflationspolitik mittelfristig keineswegs aussichtslos gewesen sei, weil bereits im Spätsommer 1932 der Tiefpunkt der Krise in Deutschland erreicht wurde. Die wirtschaftspolitische Krisen-

bekämpfung habe in nahezu allen Ländern erst zu einem Zeitpunkt eingesetzt, als sich die Folgen der Krise im nationalen Kontext bereits abzuschwächen begannen. Eduard Kubů konzentrierte sich auf den deutsch-tschechoslowakischen Zahlungskonflikt von 1933, den er entdramatisierte: Es habe sich nicht – wie in Teilen der Literatur und der Quellen teilweise angenommen – um einen „Wirtschaftskrieg“ gehandelt, sondern um eine zwar scharfe, aber für die Zeit typische wirtschaftspolitische Auseinandersetzung ohne politische Hintergründe.

Einen breiten Raum nahm auf der Tagung die Diskussion der Finanzverhältnisse ein. Keith Ulrich (Essen) zeigte die Bedeutung der multinationalen Banknetzwerke für die Finanzierung der tschechoslowakischen Privatwirtschaft auf. Deutsche Privatbanken finanzierten tschechoslowakische Unternehmen dadurch, daß sie über ihre Kontakte, die zu verschiedenen Banken in mehreren europäischen Ländern bestanden, US-amerikanisches Kapital mobilisierten. Kontrovers blieb, ob es möglich sei, die quantitative Dimension dieser Verflechtungen jemals empirisch zu bestimmen. In ihrem gemeinsamen Referat untersuchten Jiří Šouša (Prag) und Jiří Novotný (Prag) die Marktbeziehungen der kleinen und mittelgroßen tschechischen Banken nach Deutschland. Drei verschiedene Typen von Banken verfolgten jede für sich ganz unterschiedliche Unternehmensstrategien, so daß eine Generalisierung kaum möglich ist; der bilaterale Umgang mit deutschen Instituten war durch weitgehende Kulanz gekennzeichnet.

Christopher Kopper (Göttingen) unterzog die Arisierungspolitik der Deutschen und der Dresdner Bank, die sich in diesem Falle kaum voneinander unterschied, nach dem Münchner Abkommen einer detaillierten Analyse. In enger Zusammenarbeit mit dem SD und der Gestapo wurden – in der NS-Terminologie als jüdisch angesehene – Firmen „arisiert“, wobei die Arisierungsgewinne deutlich höher lagen als im sogenannten Altreich. Lutz Budraß (Bochum) legte eine Fallstudie zur deutschen Luftleistungsindustrie in den Jahren 1938/39 vor und zeigte, daß bereits direkt nach dem Münchener Abkommen die tschechische Industrie informell in die deutsche Rüstung eingebaut wurde, um Lieferengpässe im Ju 88-Programm zu überbrücken. Unter ökonomischen Aspekten war das Fazit der Besetzung von Prag 1939 in diesem Falle negativ, da nun in den Rüstungsprogrammen Reibungsverluste auftraten.

In ihrem umfassenden analytischen Schlußbericht mahnte Alice Teichová (Cambridge) eine saubere Begrifflichkeit an, besonders bezüglich des inflationär gebrauchten Terminus der „deutschen“ Wirtschaft. Sie konstatierte einen eindeutigen Forschungsschwerpunkt, der auf den zwanziger Jahren liege, während die dreißiger Jahre vor dem Münchener Abkommen weit weniger bearbeitet würden, was ein Manko sei. Als Perspektive bezeichnete sie es als unerlässlich, verstärkt regionale grenzübergreifende Wirtschaftsräume zu untersuchen, womit sie bei Dietmar Petzina auf lebhafte Zustimmung stieß.

Schließlich war den tschechischen und slowakischen Kollegen von deutscher Seite ein großer Dank dafür auszusprechen, daß sie sich – mit Rücksicht auf diejenigen deutschen Kollegen, die des Tschechischen nicht mächtig sind – aus eigener Initiative und ohne Ausnahme dazu bereit erklärten, sich auf der Konferenz der deutschen Sprache zu bedienen. Die Publikation des Konferenzbandes ist für den Sommer 1998 vorgesehen.